



Staatssekretär

Laut Verteiler

27. Februar 2014

### **Autonomie der Justiz**

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 20. Februar hat die Arbeitsgruppe Autonomie der Justiz ausführlich die Frage erörtert, ob und wie das Eckpunktepapier in Regionalkonferenzen mit der Justiz zum jetzigen Zeitpunkt diskutiert werden sollte.

In der Zwischenzeit habe ich weitere Gespräche mit Mitgliedern der Arbeitsgruppe, die am 20. Februar verhindert waren, und im politischen Raum geführt. Zudem hat sich am 24. Februar der Sonderausschuss „Verfassungsreform“ mit dem Thema „Stärkung der Selbstverwaltung der Justiz“ befasst.

Vor dem Hintergrund dieser Gespräche und Erörterungen bin ich zu dem Ergebnis gekommen, Ihnen als Mitglieder der Arbeitsgruppe Autonomie der Justiz zu raten, keine Regionalkonferenzen durchzuführen.

Meine Überlegungen möchte ich Ihnen gerne darlegen.

Anknüpfungspunkt für das Ministerium waren der Prüfauftrag zur Autonomie der Justiz im Koalitionsvertrag und die Erklärung von Justizministerin Anke Spoorendonk, durch die Landesregierung werde keine Oktroyierung eines Selbstverwaltungsmodells betrieben oder unterstützt. Konkrete Umsetzungsschritte in Schleswig-Holstein kämen vielmehr nur dann in Betracht, wenn diese aus der Justiz heraus entwickelt und von den Angehörigen der Justiz in ihrer gesamten Breite getragen würden.

Von Anfang an spielten hierbei insbesondere die Verbände als Mittler und Katalysatoren eine entscheidende Rolle. Demgegenüber hat es das Ministerium mit Erfolg übernommen, einen unmittelbaren Kontakt und eine Gesprächsgrundlage zwischen den Vertreterinnen und Vertretern der Justiz einerseits und den rechtspolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen als Vertreterinnen und Vertreter der Legislative andererseits herzustellen.

Das Eckpunktepapier stellt hinsichtlich der Zielsetzung einer „Autonomie der Justiz“ – und damit in weiten Teilen – zweifelsohne eine taugliche Grundlage für diesen langfristigen Dialog im politischen Raum dar. Was den konkret für diese Legislaturperiode vorgeschlagenen „ersten Schritt“, nämlich die Einsetzung eines Beirats, anbelangt, ergibt sich ein differenziertes Bild. Zu würdigen ist die Kompromissbereitschaft aller an dem Eckpunktepapier Beteiligten, die hier überwiegend unter Zurückstellung abweichender Vorstellungen einen förmlichen Kompromiss gefunden haben.

Auf der anderen Seite liegt in eben jenen Zugeständnissen auch die Krux. Wie mir verschiedene Mitglieder der Arbeitsgruppe und der von ihnen repräsentierten Gruppierungen in Einzelgesprächen mehr oder weniger deutlich vermittelt haben, gehen hier die Zugeständnisse so weit, dass das Band zwischen Kompromiss und innerer Überzeugung in vielen Fällen nur noch äußerst dünn, z.T. möglicherweise auch schon nicht mehr vorhanden ist. Vor diesem Hintergrund sehe ich nicht, wie die Arbeitsgruppe derzeit in dem eingangs genannten Sinne die „Justizbasis“ mobilisieren und für das Modell begeistern könnte.

Und umgekehrt sehe ich nicht, wie insoweit die Arbeitsgruppe derzeit im politischen Raum mit der einen „Stimme der Justiz“ auftreten könnte, wie es auch die praktische Zusammenarbeit in einem Beirat erfordern würde. Damit fehlt es nach meiner Auffassung in der Gesamtschau dem Eckpunktepapier in dem zentralen Punkt, der in der laufenden Legislaturperiode zur Entscheidung anstünde, an der für eine vertiefende Befassung notwendigen konsensualen Tiefe und Tragfähigkeit. Selbstverständlich steht es der Justiz auch ohne Beteiligung des Ministeriums aber frei, auch diesen Punkt ebenso weiter zu diskutieren wie die Selbstverwaltungsfrage insgesamt.

Aus meiner Sicht hat der jetzt abgeschlossene Prozess neben der „Erledigung“ des Auftrags aus dem Koalitionsvertrag wichtige und interessante Erkenntnisse gebracht, die auch für mich in dieser Deutlichkeit neu waren und die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. Im parlamentarischen Raum – hier ist besonders die Diskussion im Sonderausschuss „Verfassungsreform“ zu nennen – wurde neben einer grundsätzlichen Aufgeschlossenheit zum Gespräch mit der Justiz deutlich, dass vor der Thematisierung von Zwischenschritten das Fernziel im Vordergrund steht. Verkürzt ausgedrückt: Bevor man sich auf den Weg begibt, will man wissen, wohin die Reise geht. Besonders kritisch werden ganz überwiegend Veränderungen in den Bereichen Haushalt und Personal gesehen.

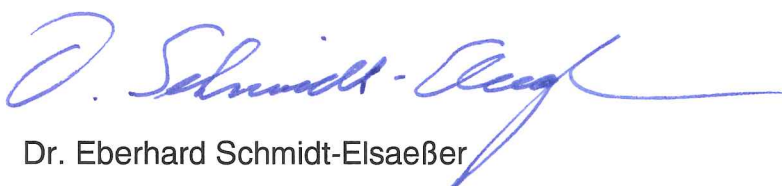
In jedem Fall wird eine (wie auch immer geartete) Selbstverwaltung der Justiz als ein tiefgreifender Eingriff in das Staatsgefüge verstanden, der auch den Gesamtstaat berührt und daher möglicherweise die Dimension eines einzelnen Bundeslandes übersteigt. Dem steht nach breiter Wahrnehmung eine – ohne dass ich dies hier würdigen möchte – eher theoretische Gefährdungslage für die Unabhängigkeit der Justiz und ein praktisch gerade in Schleswig-Holstein gut funktionierendes Entscheidungs- und Verantwortungsgefüge gegenüber. Dies ist besonders deutlich geworden in der Plenardebatte zum externen Weisungsrecht gegenüber Staatsanwaltschaften.

Diese Empfindung eines fehlenden praktischen Veränderungsdrucks ist mir in Gestalt der Sorge vor einer „Verschlimmbesserung“ aber auch in der Justiz begegnet: In Einzelgesprächen wurde mir – und das war für mich in dieser Breite und Deutlichkeit neu – verschiedentlich erklärt, dass man mit dem gegenwärtigen System in seiner praktischen Handhabung eigentlich sehr gut leben könne, es als kooperativ und de facto sorgsam austariert erlebe.

Nach meinem Dafürhalten sind dies Erkenntnisse, die die Justiz bei der weiteren Debatte um die Selbstverwaltung der Justiz mit berücksichtigen sollte. Gegenwärtig verbleibt mir, mich bei Ihnen für Ihre Beteiligung in der Arbeitsgruppe und Ihre hervorragende Beteiligung an unseren zahlreichen Gesprächsrunden auch im Namen der Ministerin sehr herzlich zu bedanken.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Dr. Eberhard Schmidt-Elsaesser

Präsidentin des Schleswig-  
Holsteinischen Oberlandesgerichts  
Frau Uta Fölster  
Gottorfstraße 2  
24837 Schleswig

Richterin am Sozialgericht Lübeck  
Frau Stephanie Göller  
Eschenburgstraße 3  
23568 Lübeck

Präsidentin des Schleswig-  
Holsteinischen Landessozialgerichts  
Frau Dr. Fuchsloch  
Brockdorff-Rantzau-Straße 13  
24837 Schleswig

Richter am Sozialgericht Kiel  
Herrn Dr. Thomas Gedschold  
Kronshagener Weg 107  
24116 Kiel

Direktor des Amtsgerichts Ahrensburg  
Herrn Michael Burmeister  
Königstraße 11  
22926 Ahrensburg

Vorsitzender Bund Deutscher Rechtspfleger  
Herrn Uwe Harm  
Amtsgericht Bad Segeberg  
Am Kalkberg 18  
23795 Bad Segeberg

Vorsitzender des Hauptpersonalrates  
Herrn Mario Eggers  
Amtsgericht Itzehoe  
Bergstraße 5-7  
25524 Itzehoe

Vorsitzender des Hauptstaatsanwaltrates  
Herrn Stavros Karagiannidis  
Staatsanwaltschaft Lübeck  
Travemünder Allee 9  
23568 Lübeck

Vorsitzender des Hauptrichterrates  
Herrn Andrej Gabler  
Landgericht Kiel  
Schützenwall 31-35  
24114 Kiel

Vorsitzender des Schleswig-Holsteinischen  
Richterverbandes  
Herrn Dr. Wilfried Kellermann  
Landgericht Kiel  
Schützenwall 31-35  
24114 Kiel

Vizepräsident des Amtsgerichts Lübeck  
Herrn Carsten Löbbert  
Am Burgfeld 7  
23568 Lübeck

Generalstaatsanwalt des Landes  
Schleswig-Holstein  
Herrn Wolfgang Müller-Gabriel  
Gottorfstraße 2  
24837 Schleswig